

21./I. 1916.

## Inkollegiales zwischen Fraktionskollegen.

Der sozialdemokratische Reichstagsabg. Keil schreibt in der von ihm geleiteten „Schwäb. Tagwacht“: „Im Bericht des „Vorwärts“ über die Reichstagsführung vom 17. Januar findet sich in den Auseinandersetzungen zwischen dem Präsidenten und dem Abg. Ledebour, die sich auf den Schluß der Debatte bezogen, folgende Stelle:

Abg. Stadthagen ruft auf eine Bemerkung des Abg. Keil gegen Abg. Liebknecht: Es ist unerhört, daß ein Sozialdemokrat für Unterdrückung der Meinungsfreiheit eintritt. Im weiteren Verlauf der Auseinandersetzung fällt das Wort: Das ist eine Unverschämtheit. Der Präsident erteilt dem Abg. Stadthagen einen Ordnungsruf wegen des Ausdrucks „Unverschämtheit“. Stadthagen: Das Wort galt nicht Ihnen. Präsident: Das ist gleich.

Im „Hamburger Echo“, das gleich dem „Vorwärts“ den großen Reichstagsbericht der Baateschen Parlamentstimeskorrespondenz verwendet, findet sich diese Stelle nicht. Sie ist von der „Vorwärts“-redaktion hineingeschrieben worden. Das hat Stadthagen auf meine Frage mündlich schon eingestanden. Auf meine weitere Frage, warum er meine im Tone des Selbstgesprächs gemachte Bemerkung nicht wahrheitsgemäß wiedergegeben habe, antwortete Stadthagen, er wisse nicht, was ich gesagt habe. Obgleich also Stadthagen nicht weiß, was ich gesagt habe, entfesselt er im Reichstag eine Standalkzene, schleudert mir das Wort Unverschämtheit an den Kopf und hat auch noch den seltsamen Ehrgeiz, diese Szene durch den „Vorwärts“-Bericht in unvollständiger und wahrheitswidriger Weise an die breite Öffentlichkeit zu zerren. Nachdem dies aber geschehen, halte ich eine Klarstellung für geboten. Als am Schluß der Militärdebatte, nachdem dem Abg. Liebknecht durch einen Schlußantrag das Wort abgeschnitten worden war, die übliche Geschäftsordnungsdebatte begonnen wurde, machte ich, neben Stadthagen stehend, für mich die Bemerkung: „Es ist eine billige Sache, hier täglich eine solche Szene aufzuführen.“ Diese Bemerkung entfesselte den Tobsuchtsanfall Stadthagens, in dem er mich mit unbegründeten Unterstellungen und Beschimpfungen bedachte. Die von mir gemachte Bemerkung brauche ich vor verständigen Menschen mit keinem Wort zu rechtfertigen oder zu erläutern. Könnte August Bebel noch der Führer der Reichstagsfraktion sein, so wären weder die Liebknechtlieden noch die nicht so ganz seltenen Stadthagenschen Lärmzügen möglich.“

**Abg. Scheidemann von seinen Wählern boykottiert.** Aus dem Wahlkreis Solingen wird der „Leipz. Volksztg.“ mitgeteilt: Der Genosse Scheidemann hat dem Vorstand der Wahlkreisorganisation ein Schreiben zugesandt des Inhalts, daß er sich vom 22. Januar bis 28. Januar dem Wahlkreis für öffentliche Versammlungen zur Verfügung stellen möchte. Das Thema seiner Reden sollte lauten: „Das deutsche Volk im Kriege.“ Nun ist aber in der vergangenen Woche von sämtlichen Distrikten mit weit überwiegender Mehrheit der Beschluß angenommen worden, den Genossen Scheidemann nicht eher referieren zu lassen, bis der Belagerungszustand aufgehoben bzw. die Distuffion freigegeben sei.

**Ein Bremer Parteistreit.** Die „Bremer Bürgerztg.“, die zur Minderheit der sozialdemokratischen Reichstagsfraktion zählt, berichtet, daß am Mittwoch 376 Genossinnen und Genossen in Bremen eine Resolution angenommen haben, worin dem Parteisekretär Wellmann vorgeworfen wird, er habe einen anderen Parteigenossen denunziert. Die Versammlung „erachtet daraufhin den Genossen Wellmann für unwürdig, noch länger das ehrenvolle Amt als Parteisekretär zu bekleiden und ersucht den Vorstand, unverzüglich die nötigen Schritte zu unternehmen, um den Ehrenschild der Partei rein zu halten und die Genossinnen und Genossen vor ihrem Sekretär zu schützen“.

**„Die Pflicht der deutschen Sozialdemokratie.“** In Blättern, die auf dem Standpunkt der Mehrheit der sozialdemokratischen Reichstagsfraktion stehen, wird hervorgehoben, daß die Sozialdemokratie der feindlichen Länder gegenüber der deutschen Sozialdemokratie den Grundsatz aufstellt: „Ich mache Resolutionen — Du machst Revolution. Ich verspreche meine Tinte — Du versprichst Dein Blut.“ Als Beweis wird ein Artikel des „Popolo d'Italia“ vom 10. Januar angeführt, worin gesagt wird: „Eine einzige Pflicht haben die deutschen Sozialisten, wenn sie sich, wenigstens zum Teil, wieder rehabilitieren wollen. Sie haben sich von den Granaten auf der Straße niederknallen zu lassen (daß die Artillerie in der Friedrichstraße gegen die Manifestanten aufgeföhren ist, erzählt das Blatt seinen Lesern schon öfters), um ihre Regierung zu zwingen, die besetzten Gebiete zu räumen und um den preussischen Militarismus zu erschüttern.“